

Aufruf zur Aktion auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2025: Handeln Sie für Frieden, Gerechtigkeit und Menschenrechte

Als kurdisches Volk betrachten wir die Münchner Sicherheitskonferenz als eine entscheidende Gelegenheit, um auf militärische Interventionen, Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das Völkerrecht in Kurdistan aufmerksam zu machen und die internationale Gemeinschaft zum Handeln aufzurufen.

Aktuelle Situation in Kurdistan und Menschenrechtsverletzungen

Die Türkei führt weiterhin Militäroperationen in allen kurdischen Regionen durch und greift systematisch Zivilisten an. Die anhaltenden Militäroperationen gegen Nord- und Ostsyrien (Rojava - Westkurdistan) verletzen grundlegende Menschenrechte, indem sie Krankenhäuser, Energieanlagen und zivile Infrastrukturen angreifen. Ähnlich destabilisiert die Türkei die Region der Autonomen Region Kurdistan im Irak durch den Bau von Militärbasen und Operationen, die zu zivilen Opfern führen. Darüber hinaus zielt die Türkei auf kurdische Journalisten ab, die Kriegsverbrechen dokumentieren. In Iran ist die Situation für Kurden ebenfalls katastrophal: Sie sind schweren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. JournalistInnen und AktivistInnen, die ihre Meinung äußern, werden zum Tode verurteilt, unrechtmäßig inhaftiert und hingerichtet – ein klarer Verstoß gegen das Völkerrecht.

Dringende Forderungen an die internationale Gemeinschaft

Beendigung der Politik der Verleugnung und Vernichtung der Kurdinnen und Kurden durch die Türkei.

Aufhebung der Isolation des kurdischen Führers Abdullah Öcalan und Einleitung eines Dialogs zur demokratischen Lösung der Kurdenfrage. Anerkennung der demokratischen Autonomie und politischen Vertretungsrechte aller kurdischen Regionen.

Beendigung der türkischen Militäroperationen gegen die Kurden und Rückzug aus besetzten Gebieten.

Sperrung des Luftraums von Rojava und Südkurdistan für türkische Kampfflugzeuge und Drohnen.

Erhöhung des internationalen Drucks zur Freilassung kurdischer Gefangener, die im Iran zum Tode verurteilt wurden.

Sicherstellung des Zugangs für UN- und internationale Beobachter zu den kurdischen Regionen im Iran.

Anerkennung der demokratischen Rechte der Kurden und ihre verfassungsrechtliche Absicherung in der Türkei, im Iran, Irak und Syrien. Unterstützung eines föderalen und demokratischen Regierungsmodells zur Sicherung des Friedens in der Region.

Aufruf an die internationale Gemeinschaft: Schweigen bedeutet Mittäterschaft! Die Vereinten Nationen, die Europäische Union, die NATO und Menschenrechtsorganisationen müssen sofort gegen die Menschenrechtsverletzungen an den Kurden vorgehen.

Die UN muss die Angriffe der Türkei auf Rojava untersuchen und sicherstellen, dass Kriegsverbrechen in Syrien nicht straflos bleiben.

Das Europäische Parlament muss diplomatischen und wirtschaftlichen Druck auf die Türkei und den Iran ausüben, um die Unterdrückung der Kurden zu beenden.

Die NATO muss ihr Mitglied Türkei auffordern, die Verstöße gegen das Völkerrecht zu beenden.

Das Recht des kurdischen Volkes auf Leben, Freiheit und Demokratie ist eine gemeinsame Verantwortung der gesamten Menschheit.